

Österreich führt generelle Impfpflicht ab Februar ein – bundesweiter Lockdown ab Montag

Stand: 12:02 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Angesichts der dramatisch steigenden Zahl der Corona-Neuinfektionen hat die österreichische Regierung für Montag einen neuen landesweiten Lockdown angekündigt, der auch für Geimpfte gilt. Zudem werde es ab Februar kommenden Jahres eine Impfpflicht geben.

Österreich geht erneut in einen Lockdown und wird im Februar eine Impfpflicht einführen. Das kündigte Bundeskanzler Alexander Schallenberg am Freitag nach einem Bund-Länder-Gipfel am Achensee in Tirol an.

Österreich leidet unter einer massiven vierten Corona-Infektionswelle, die mit den bisherigen Maßnahmen nicht gebrochen werden konnte. Die angekündigten Schritte sind die bisher drastischsten Maßnahmen eines westeuropäischen Landes, um der aktuellen Viruswelle Herr zu werden.

Trotz aller Überzeugungsarbeit und Kampagnen hätten sich zu wenige Menschen impfen lassen (<https://info.gesundheitsministerium.gv.at/>), sagte Schallenberg. Daher werde es ab 1. Februar 2022 zu einer Impfpflicht kommen. „Wir wollen keine fünfte Welle, wir wollen keine sechste und siebte Welle.“ Das Virus werde nicht weggehen, sondern bleiben.

Der Lockdown sei ein schwerer Schritt. „Das schmerzt enorm“, sagte der Kanzler weiter. Ohne sie beim Namen zu nennen, kritisierte er die in Österreich einflussreiche rechte FPÖ heftig. Deren Impfkritik sei eigentlich ein „Attentat auf unser Gesundheitssystem“. Die Konsequenz daraus seien überfüllte Intensivstationen und enormes menschliches Leid.

Lockdown dauert höchstens 20 Tage

Der Lockdown werde nach zehn Tagen bewertet und höchstens 20 Tage dauern. Ab spätestens 13. Dezember sei für Geimpfte und Genesene der Lockdown vorbei, sagte

Schallenberg. Dann soll wieder die 2G-Regel gelten.

Die Sieben-Tage-Inzidenz steht in Österreich bei knapp 1000 (<https://orf.at/corona/daten/oesterreich>) und seit mehr als einer Woche werden täglich mehr als 10.000 neue Infektionen mit dem Coronavirus gemeldet. Kliniken gelangen an ihre Kapazitätsgrenzen. Besonders dramatisch ist die Lage in Salzburg und Oberösterreich mit Inzidenzen über 1500 pro 100.000 Einwohnern.

Zu den bisherigen Maßnahmen zählte eine 3G-Regel am Arbeitsplatz. Die Beschäftigten müssen nachweisen, dass sie geimpft, genesen oder getestet sind. Am 8. November folgte die 2G-Regel für Veranstaltungen, Gastronomie und Tourismus, die Ungeimpften den Zutritt zu weiten Bereichen in der Freizeit verwehrte. Die Maßnahmen hatten den Zweck, die Impfbereitschaft zu erhöhen. Allerdings wirken die Vakzine erst nach einigen Wochen.

Der Regierungschef und sein konservatives Regierungsteam hatten sich bis zuletzt gegen weitere Einschränkungen ausgesprochen. Vorschläge des grünen Gesundheitsministers Wolfgang Mückstein zum Beispiel zu nächtlichen Ausgangsbeschränkungen für alle wurden kritisiert.

Doch am Donnerstag preschten die von der ÖVP regierten Bundesländer Salzburg und Oberösterreich mit der Ankündigung regionaler Lockdowns vor. Lokale und die meisten Geschäfte schließen, Schulen stellen auf Fernunterricht um. Auch einige andere Länder signalisierten am Donnerstag, dass sie mitziehen würden.

dpa/tba/jr/ll

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235153148>